

WIE ICH ES SEHE



Flüchtlinge sind eine Chance

Von Dirk Ippen

Mehr als jedes andere Land in Europa ist Deutschland groß und reich geworden durch Einwanderer und Flüchtlinge. Es kamen die Hugenotten aus Frankreich, die Protestanten aus den spanischen Niederlanden, 1731 die Salzburger Protestanten und 1796 die vor den französischen Revolutionsstruppen fliehenden Katholiken. 1945 kamen zehn Millionen Ostdeutsche in das kriegszerstörte Westdeutschland.

Goethe in seinem Humanitätsgedanken sah bestes Menschentum in allen Zeiten und Kulturen. Anschaulich hat er in seinem idyllischen Gedicht „Hermann und Dorothea“ den Elendszug der Flüchtlinge geschildert, darunter ein alleinstehendes Mädchen, in das sich der bisher mädchen scheue Gastwirtssohn Hermann verliebt. Weil er aber seine Liebe nicht zu gestehen wagt, wirbt er die Geliebte als Magd an für die Wirtschaft der Eltern.

Täglich kommen mehr als 300 Bürgerkriegsflüchtlinge allein in München an, gute Bürger aus der Mitte ihrer Gesellschaft zumeist. Aber wie immer, wenn an unseren aufgeblassenen Staat echte Anforderungen gestellt werden, ist er überfordert. Die Behörden haben Schwierigkeiten, alle unterzubringen. Sie werden registriert, ihre Gesundheit wird kontrolliert und das dauert lange. Mühsam kommen Sprachkurse in Gang, arbeiten dürfen sie nicht solange ihr „Asylantrag“ läuft und das kann Jahre dauern. An eine private Unterkunft denken die Behörden schon gar nicht. Eine Umfrage hat ergeben, dass 93 Prozent der Deutschen das auch ablehnen würden. So sind wir auf bestem Wege, aus einem Segen für unser Land ein Problem zu machen.

Ganz anders habe ich 1944/1945 als Kind erlebt, wie ein Volk zusammenstehen kann in der Not. Schreckliches hatten viele der Vertriebenen erlebt. Aber wo immer die Flüchtlingszüge ankamen, überall gab es Aufnahme in den Familien. Oft herzlich von Anfang an, meistens aber erzwungen durch Einquartierungen, bei denen harte Herzen sich erst einmal öffnen mussten gegen die Fremden. Sogleich gab es auch Arbeit für die Männer, anfangs vor allem auf dem Lande. Mein Vater hat Milchkanen aufgeladen auf den Anhänger des Treckerfahrers, der von den Bauernhöfen die Milch zur Molkerei brachte.

Seid ihr auch alle gut katholisch? fragte ein Bürgermeister im Westfälischen schon auf dem Bahnsteig bei Ankunft der Flüchtlingszüge in seinem Ort. Natürlich haben damals die gemeinsame Religion und die gemeinsame Sprache vieles leichter gemacht. Aber auch die heutigen Flüchtlinge könnten voll integriert ein kleines Wirtschaftswunder herbeiführen, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, unter uns zu leben und zu arbeiten, die Sprache zu lernen, ihre Kinder in Schulen zu schicken. In unserer alternden Gesellschaft können wir jeden gebrauchen, der arbeiten kann und will. Und wenn dann die moderne Dorothea wie einst bei Goethe ihren Hermann findet, dann ist das Glück vollkommen.

Der Kolumnist ist erreichbar unter ippen@tz-online.de



Wolf-Dieter Krause wurde vor 36 Jahren aus der DDR frei gekauft. Die Bundesrepublik zahlte 90 000 D-Mark. In Ost-Berlin arbeitete er sich bis zum Küchenleiter auf einem Mitropa-Ausflugsschiff hoch (Bild links von 1977), bekam aber Probleme wegen Kritik an der DDR.



Wie ein zweiter Geburtstag

Wolf-Dieter Krause aus Selm wurde 1978 aus der DDR frei gekauft

Von Kathrin Nolte

SELM ■ Als vor 25 Jahren am 9. November 1989 die Mauer fiel, war die Freude bei Wolf-Dietrich Krause groß. „Damit ist ein Traum in Erfüllung gegangen, für den ich sehr lange gekämpft habe“, sagt er. Der heute 60-Jährige wurde in Sachsen-Anhalt geboren, wuchs in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) auf und gelangte im Rahmen eines Häftlingsfreikaufs im Mai 1978 in die Bundesrepublik. Heute lebt Krause mit seiner zweiten Ehefrau Elke im westfälischen Selm.

An den 9. November 1989 erinnert sich Krause noch ganz genau. Auf dem Rückweg von einem Interview mit einer dänischen Zeitung in seinen damaligen Wohnort Eschweiler bei Aachen hörte er die Nachricht im Radio. „Ich habe es zunächst nicht richtig verstanden“, erklärt Krause. Kaum war er Zuhause angekommen, schaltete er den Fernseher ein. Gegen 23 Uhr stand sein Entschluss fest, er musste nach Berlin und fuhr noch in der Nacht los. In West-Berlin traf sich Krause mit seiner dort lebenden Schwester. Gemeinsam gingen sie in den Ostteil der bis dahin geteilten Stadt. „Die Zeit war emotional sehr spannend und extrem. Aber ich hatte keine Angst mehr vor dem Unrechtsstaat.“

Bereits kurz nach seiner Einschulung erlebte Krause erstmals die politische Willkür des Arbeiter- und Bauernstaates. Wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ wurde sein Vater Günter festgenommen. Er hatte sich unter anderem negativ über den damaligen Vorsitzenden des Staatsrats



Der Entlassungsschein von Wolf-Dietrich Krause. Am 31. Mai 1978 begann für ihn ein neues Leben. ■ Foto: Krause/Nolte

der DDR, Walter Ulbricht, äußert und wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Mutter Christa sei nach der Verurteilung ihres Mannes von der Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt worden, in die vorgeschlagene Scheidung einzuwilligen. Seine Mutter stimmte aus Angst, ihre zwei Söhne zu verlieren – die Brüder sollten in ein Kinderheim – der Trennung zu und heiratete 1963 ein zweites Mal.

Der Vater saß wegen Ulbricht-Kritik in Haft

„Die Verhaftung meines Vaters war sehr prägend für mich“, sagt Krause. „Ich bin jemand, der sagt, wenn ihm etwas nicht passt. Damit bin ich nicht immer gut in der DDR gefahren.“ Zusammen mit seinem Stiefvater Helmut Seetge zog die Familie 1970 nach Ost-Berlin, wo Krause die Schule nach der zehnten Klasse abschloss und eine Ausbildung zum Kellner bei der Mitropa-Schiffsgaststätten in Berlin absolvierte.

Der heute 60-jährige arbeitete sich bis zum Küchenlei-

ter auf einem der Ausflugschiffe hoch. Seit 1975 versuchte er die DDR auf legalem Weg zu verlassen und stellte immer wieder Ausreisearträge. „Vom materiellen Standpunkt ging es mir gut in der DDR. Nur in meiner Meinungsäußerung war ich eingeschränkt“, erklärt Krause. Immer wieder musste er sich „erzieherischen“ Gesprächen mit der Mitropa-Betriebsleitung unterziehen. Im November 1976 protestierte er öffentlich gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann und erhielt im Juni 1977 ein Berufsverbot. Fortan verdiente er sein Geld als Kraftfahrer.

„Sie kommen hier nie raus, Krause“

Seit dem Berufsverbot ging Krause jeden Dienstag zur Abteilung Inneres in Berlin und fragte, ob und wann sein Ausreiseartrag genehmigt wird. Er bekam immer die gleiche Antwort: „Sie kommen hier nie raus, Krause.“ Die Frustration wuchs, bis Krause im Herbst 1977 drohte, öffentlichkeitswirksam am Bran-

denburger Tor über die Grenze zu gehen und dass sich die Mitarbeiterinnen Erich Honecker unter die Schuhsohlen nageln könnten.

Krause wurde auf der Stelle verhaftet und in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt nach Berlin-Pankow gebracht. Anfang Dezember verurteilte ihn das Stadtgericht Berlin zu zwei Jahren Haft wegen staatsfeindlicher Hetze und Beeinträchtigung staatlicher Maßnahmen. Bis zu seinem Freikauf durch die BRD am 31. Mai 1978 – einem Tag nach seinem 24. Geburtstag – war Krause in Cottbus und Chemnitz, damals Karl-Marx-Stadt, als politischer Gefangener inhaftiert. Seine Mutter und ein Onkel aus dem Westen erwarbten, dass Krause schließlich von der Stasi aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen wurde. Nach seinen Informationen zahlte die Bundesrepublik 90 000 D-Mark für ihn.

In Westdeutschland lebte Krause zunächst in Eschweiler, arbeitete als deutschland-politischer Referent und betreute Flüchtlinge aus der DDR. Nach einer Ausbildung zum Sozialsekretär zog es Krause nach dem Mauerfall noch einmal zurück nach Berlin, wo er bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge arbeitete. 1995 ging es für ihn nach NRW zurück. 2003 heiratete Wolf-Dietrich Krause seine zweite Ehefrau Elke. Beide suchten einen Ort für den Neustart. Die Wahl fiel auf Selm. Der Tag des Mauerfalls ist für Krause bis heute etwas Besonderes. „Wir feiern aber auch den Tag meines Freikaufs am 31. Mai jedes Jahr. So habe ich immer zwei Mal Geburtstag.“

Lösegeld zahlen oder nicht?

Entführungen bringen Berlin ins Dilemma

Von Christof Sator



Der deutsche Botschafter in Afghanistan und Krisenbeauftragte, Rüdiger König. Foto: dpa

BERLIN ■ Am Ende ging es wohl gut aus – wieder einmal. Nach einem halben Jahr in der Hand der islamistischen Terrorgruppe Abu Sayyaf, so sagt zumindest die philippinische Polizei, ist ein deutsches Seglerpaar wieder frei. Der 72-jährige Mann und seine 55 Jahre alte Lebensgefährtin seien am Freitag auf der Insel Jolo von Beamten in Empfang genommen worden. Wenn das stimmt, dürfte die Erleichterung der Familien und auch der Bundesregierung groß sein. Bis zum Morgen galt noch die Drohung, den Mann zu enthaupen.

Vonseiten der Bundesregierung gab es für die Freilassung zunächst keine Bestätigung – man ist vorsichtig geworden. Der Fall beschäftigte den Krisenstab des Auswärtigen Amtes – inzwischen eine permanente Einrichtung – schon seit April. Auf Anweisung von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) reiste dessen Leiter Rüdiger König (57) schließlich sogar selbst auf die Philippinen. In Manila gab es Gespräche mit der Regierung. Was sonst noch so alles passierte, darüber schwieg man sich in Berlin aus.

Zu den Lösegeld-Forderungen von Abu Sayyaf – vier Millionen Euro – hieß es in der Bundesregierung immer nur lapidar: „Kein Kommentar.“ Bei Entführungen gilt das alte Motto besonders: Über Geld spricht man nicht. Das Argument dahinter: Wer Lösegeldzahlungen zügig, macht sich zum Ziel neuer Erpressungen. Einer, der mit solchen Fällen früher betraut war, meint: „Eine Regierung darf zahlen – solange sie bereit ist, stets darüber zu schweigen.“

Zu aktuellen Entführungen sagt die Bundesregierung deshalb so gut wie nie etwas. Nicht einmal eine genaue Zahl dazu, wie viele Deutsche sich derzeit irgendwo auf der Welt in der Hand von Kidnapern befinden, ist bekannt. Nach der Freilassung des Seg-

lerpaars und eines in Pakistan verschwundenen Entwicklungshelfers, der vergangene Woche in Afghanistan vom Kommando Spezialkräfte (KSK) in Empfang genommen werden konnte, dürften es aber nur noch wenige sein. Allerdings gibt es eine Entwicklung, die Berlin mehr und mehr Sorgen bereitet. Geiselnahmen sind für Terrorgruppen zum lukrativen Geschäftsmodell geworden. Das Auswärtige Amt spricht von einer „weltweit operierenden Entführungsindustrie“.

125 Millionen Dollar allein an Al-Kaida

Mit der Verschleppung von Ausländern aus westlichen Industrienationen wird längst nicht mehr nur der Zweck verfolgt, auf sich aufmerksam zu machen. Damit lässt sich auch gutes Geld verdienen – was dann wiederum auch für den Kauf von neuen Waffen verwendet wird.

Nach Schätzungen der „New York Times“ sollen europäische Regierungen seit 2008 allein an Al-Kaida mindestens 125 Millionen Dollar Lösegeld gezahlt haben. Die USA hingegen kaufen Landsleute nach offiziellem Bekunden nicht frei, ebenso wie Großbritannien. Allerdings gibt es Zweifel, ob das immer so stimmt. In Deutschland ist das schwierige Terrain. Die offizielle Sprachregelung für solche Fälle lautet: „Die Bundesregierung ist nicht erpressbar.“ Was nicht bedeutet, dass nie gezahlt wurde und nicht wird. ■ dpa



Das Grab war ausgehoben: Deutsche Geisel auf einem Bild, mit dem die Terroristen Druck auf Deutschland ausübten. ■ Foto: dpa

„Erich, es geht nicht mehr“: Vor 25 Jahren tritt Honecker zurück

Jeden Dienstag tritt in der DDR das höchste Führungsgremium zusammen, das SED-Politbüro, das die Politik bestimmt. Vorsitzender ist Erich Honecker, Generalsekretär und zugleich Staatsratsvorsitzender. Mit zehn Minuten Verspätung eröffnet das Staatsoberhaupt am 17. Oktober die Sitzung und fragt – offenkundig arglos – nach Ergänzungen der Tagesordnung. Da meldet sich Ministerpräsident Willi Stoph und sagt: „Erich, es geht nicht mehr. Du musst gehen!“

Es sind die gleichen Worte, mit denen Honecker vor 18 Jahren am 3. Mai 1971 seinen Vorgänger und Ziehvater Walter Ulbricht stürzte. Stophs Aufforderung trifft Honecker tief, wie spätere Äußerungen belegen. Doch er reagiert routiniert: „Gut, dann beginnen wir mit der Aussprache.“

Sie wird zum Fiasko. In der dreistündigen Debatte ergreift keiner das

Wort, um den SED-Chef zu verteidigen. Vor allem die Politbüro-Mitglieder Günter Schabowski und Egon Krenz setzen Honecker arg zu – nicht zuletzt, weil er kurz zuvor den Botschaftsflüchtlings nachrief, ihnen sei keine Träne nachzuweinen. Der SED-Chef hätte gewarnt sein können. Schabowski und Krenz setzten eine Erklärung zur Lage der DDR eine Passage durch, die den zynischen Tränen-Satz abmilderte. Sie lautete: „Sie hatten eine Heimat, die sie selbst brauchten. Die Ursachen für ihren Schritt müssen und werden wir auch bei uns suchen.“ Krenz und Schabowski suchen

nach Mitstreitern, um Honecker zu stürzen. Als Verbündeten gewinnen sie Stasi-Chef Erich Mielke. Mitstreiter sind auch die Mitglieder der neuen politischen Gruppierungen vom „Neuen Forum“ bis zur neu gegründeten SDP wie auch Hunderttausende Demonstranten.

Druck bauen auch die Zehntausenden auf, die in den damaligen Ostblockstaaten ihre Ausreise in den Westen erzwingen. Mitstreiter ist auch der

sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow. Auf Druck von Krenz und des Verteidigungsministers Fritz Streletz unterzeichnet er am 13. Oktober einen Befehl, dass auf Demonstrationen nicht geschossen werden darf. Honecker steht an diesem 17. Oktober mit seinen Auffassungen in der DDR-Führung alleine da. Die Zeit hat ihn überholt und er versteht es nicht. Zeitlebens schreibt er die schwierige Lage der DDR und seinen Rücktritt 1989 dem Wirken feindlicher Kräfte von außen zu. Auf der Politbüro-Sitzung stimmt Honecker – das gehört sich für gute Kommunisten – für die eigene Ablösung. Er vollzieht sie am nächsten Tag vor dem SED-Zentralkomitee, erklärt seinen Entschluss anhand seines Gesundheitszustandes. Mit dem Abgang des 77-Jährigen ist das größte Hindernis für eine zu erneuernde DDR gefallen. ■ epd



Boko Haram sagt Freilassung zu

Die Islamstengruppe Boko Haram hat nach Angaben der nigerianischen Führung eine Waffenruhe und die Freilassung der vor einem halben Jahr entführten Schülerinnen zugesagt. Zwischen der nigerianischen Regierung und Boko Haram sei eine Waffenruhe vereinbart worden, sagte der nigerianische Generalstabschef Alex Badeh am Freitag. Ein enger Mitarbeiter von Präsident Goodluck Jonathan sagte der Nachrichtenagentur AFP, die Vereinbarung sehe auch die Freilassung der 219 Mädchen vor. Boko Haram hatte am 14. April eine Schule im nigerianischen Chibok überfallen und 276 Mädchen verschleppt. Einige konnten flie-

hen, von den anderen fehlte bislang jede Spur. Die Massenentführung der Mädchen hatte weltweit für Bestürzung gesorgt. Ihre Eltern warfen der Regierung vor, sich nicht ernsthaft für die Freilassung ihrer Kinder einzusetzen. Präsident Jonathan hatte sich erst hundert Tage nach der Verschleppung zum ersten Mal mit den Angehörigen getroffen. Boko Haram kämpft seit Jahren mit Gewalt für einen islamischen Staat im mehrheitlich muslimischen Norden Nigerias. Seit 2009 tötete die Gruppe bei Anschlägen und Angriffen auf Polizei, Armee, Kirchen und Schulen mehr als 10.000 Menschen. ■ AFP